

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Einzelgenuss: Edward Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzelle oder deren Raum 60 Pfg.
Bergungszuschläge und Arbeitervermittlungen 70 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Hoffnungen und Befürchtungen.

Der Krieg ist ein gewaltiger Lehrmeister, der seine Fähigkeiten auf den verschiedensten Gebieten erwiesen hat. Nicht nur auf dem eigentlichen Kriegsschauplatz, in der Technik der Kriegsführung sind Einrichtungen und Methoden zur Geltung gekommen, durch die selbst erfahrene Praktiker überrascht wurden; wohl noch größer sind die Umwälzungen, die der Krieg in unserem Wirtschaftsleben hervorgerufen hat. Wo es gilt, die Sache der Nation zu fördern, ist das Wort „Unmöglich“ beinahe aus unserem Sprachschatz gestrichen worden. So vieles, was vor dem Kriege als völlig undurchführbar erschien, gilt heute als selbstverständlich.

Gleich bei Ausbruch des Krieges wurden überall im Reich die schwebenden Wirtschaftskämpfe zwischen den Unternehmern und Arbeitern abgebrochen. Seither arbeiten die Unternehmer- und Arbeiterorganisationen vielfach einträchtig zusammen zur Förderung der Interessen des Gewerbes, und diese Arbeitsgemeinschaften haben unstreitig schon schöne Erfolge erzielt. Die Regierungen und die Verwaltungsbehörden haben ihre Stellung zu den Gewerkschaften von Grund auf geändert. Man hat deren Bedeutung im Wirtschaftsleben, die man so lange gelengnet hat, sehr schnell erkannt. Die Kleinlichen Besorgungen, deren beliebtes Objekt bis zum Kriegsausbruch die Arbeiterorganisationen waren, haben aufgehört. Die Gewerkschaften werden, wenn auch nicht formell und ausdrücklich, so doch tatsächlich anerkannt, und die Regierung hat sich das Wissen und Können der Arbeitervertreter und deren Organisationstalent sehr schnell zunutze gemacht; in höherem Maße vielleicht, als das nach außen in Erscheinung tritt.

Eine vollständige Umwertung der bisher als unangreifbar geltenden Begriffe bedeuten die Maßnahmen, die zur Parierung des vom feindlichen Ausland unternommenen Versuchs, Deutschland auszuhungern, getroffen wurden. Die Festsetzung von Höchstpreisen, die Beschlagnahme der Getreidevorräte und von zur Kriegsführung notwendigen Rohmaterialien, die Vorschriften über die Zusammenfassung des Brotes und die Begrenzung des Verbrauchs, das alles sind Dinge, an die vor dem Kriege kaum jemand im Ernst gedacht hat, die aber jetzt, und in noch viel weiterreichendem Umfang als bisher geschehen, selbst von solchen Leuten verlangt werden, die unter normalen Umständen jeden staatlichen Eingriff in das „freie Spiel der Kräfte“ und in die private Wirtschaftsführung mit Entrüstung zurückgewiesen hätten.

Selbst wenn man von diesen letzteren Dingen absteht, die nur als Notbehelfe gedacht sind und mit den außerordentlichen Zuständen begründet werden, in denen sich Deutschland befindet, wird man doch anerkennen müssen, daß die Stellung der Arbeiterorganisationen im Staat eine ganz andere und bessere geworden ist, als sie vor dem Kriege war. Das gilt sowohl von dem Verhältnis der Gewerkschaften zu den Unternehmern als auch zu den Regierungsorganen und Behörden. Es war naheliegend, daß diese auffällige und durchgreifende Veränderung zu mancherlei Betrachtungen Anlaß geboten hat. Erstreulicherweise ist aber die Zahl derer, die aus den Verhältnissen, wie sie sich unter der Herrschaft des Kriegszustandes herausgebildet haben, weitgehende Hoffnungen auf die Gestaltung der Dinge nach dem Kriege machen, verschwindend gering.

Als ein großer Optimist erweist sich der bekannte Rechtsanwalt Hugo Heinemann, der in seiner Broschüre „Die sozialistischen Errungenschaften der Kriegszeit“ der Meinung Ausdruck gibt, daß auf Grund der Erfahrungen in der Kriegszeit, die zur Erhöhung der Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung geltend gemachten Forderungen künftighin nicht mehr als undurchführbar und die deutsche Industrie schädigend zurückgewiesen werden können. Wörtlich sagt Heinemann: „Die sozialpolitisch einseitigen, einen großen Fortschritt bringenden Kriegsgesetze enthalten Gedanken, die nicht mehr aus dem Rechtsbewußtsein des Volkes ausgeschlossen werden können, nachdem sie einmal geschichtliche Kraft erlangt hatten. Das entrindliche Zusammenarbeiten staatlicher und kommunaler Behörden mit den proletarischen Organisationen ist zu einer so offenkundigen, selbstverständlichen Tatsache geworden, daß derjenige Unternehmer, der es künftighin von einem bornierten Herrn-im-Hause-Standpunkt aus ablehnen sollte, mit Gewerkschaftsvertretern zu verhandeln, als eine lächerliche, altmodische Figur erscheinen würde.“

Solche Worte verraten einen Optimismus, von dem wir nicht wünschen, daß er Gemeingut der deutschen Arbeiter werde. Unter der Herrschaft des „Burgfriedens“ sind Gegensätze, die sich sonst ungehemmt entfalten konnten, notwendig zurückgedrängt worden. Aber diese Gegensätze bestehen fort und harren des Augenblicks, in dem sie wieder in Erscheinung treten können. Ob man sich nach dem Kriege noch gern der idyllischen Zustände unter dem „Burgfrieden“ erinnern wird, ist sehr fraglich. Die Geschichte ist reich an Beispielen für das Gegenteil. Zur Zeit der Befreiungskriege vor hundert Jahren dürfte der Zustand, den wir heute als „Burgfrieden“ bezeichnen, kaum in geringerem Maße vorhanden gewesen sein als heute. Aber nach den

Besetzungskriegen kam die Zeit der Demagogenverfolgungen, lange Jahre finsterer Reaktion; und wenige Jahre nach dem siegreichen Feldzug von 1870/71 hatten wir das Sozialistengesetz. Wir wollen damit nicht sagen, daß sich die Geschichte notwendig wiederholen muß. Das ist um so unwahrscheinlicher, als die Arbeitererschaft heute ganz anders dasteht als damals. Jedenfalls kann der Gedanke, dem wir schon mehrfach Ausdruck gegeben haben, nicht oft genug wiederholt werden: Kein blindes Vertrauen zum Burgfrieden! Wir wollen auch in dieser Hinsicht das Beste hoffen, aber uns auf das Schlimmste vorbereiten. Diese Vorbereitung heißt Aufbau der Organisation. Nur mit Hilfe einer starken und leistungsfähigen Organisation wird die Arbeitererschaft imstande sein, etwaige böse Absichten ihrer Widersacher schon im Keime zu unterdrücken.

Eine sehr eindringliche Warnung vor unbegründetem Optimismus hinsichtlich dessen, was uns als dauerndes Ergebnis des Krieges bleiben wird, enthält ein Aufsatz, den der auch den Lesern unseres Blattes vorteilhaft bekannte Sozialpolitiker Adolf Braun im „Kampf“, der Monatschrift der österreichischen Sozialdemokratie, veröffentlicht hat. Dieser „Realismus und Utopismus in den Gewerkschaften“ überschriebene Artikel ist auch in einigen reichsdeutschen Blättern nachgedruckt worden. Der Artikel enthält in der Tat sehr viel Zutreffendes, und sein Hinweis auf mannigfache Tatsachen und Erscheinungen, die in den gegenwärtigen Kriegsjahren leicht übersehen oder falsch gedeutet werden können, ist sicher verdientlich. Nur der Ausgangspunkt der Betrachtungen scheint uns nicht richtig gewählt. Braun meint die Gewerkschaften vor dem Glauben an eine günstigere und harmonischere Entwicklung der Arbeitsbedingungen nach dem Kriege warnen zu müssen, der heute in der gewerkschaftlichen Presse und unter den Mitgliedern der Gewerkschaften hier und da auftaucht. Braun erfreut sich eines begründeten Rufes als guter Kenner der Gewerkschaften; in diesem Fall scheint es aber doch, als ob er Gespenster sähe. Wenn ein solcher Utopismus, eine solch unbegründete Hoffnungsfreudigkeit sich tatsächlich gezeigt haben sollte, dann müßte die Stelle schon näher bezeichnet werden. Wir haben ihn weder in der Gewerkschaftspresse noch in Äußerungen namhafter Vertreter der Gewerkschaften zu beobachten Gelegenheit gehabt.

Wir können Braun völlig darin beistimmen, daß das, was nach dem Kriege kommen wird, sicherlich in weit höherem Maße an die Ergebnisse der kapitalistischen Entwicklung, wie sie sich im letzten Jahrhundert bis zum Juli 1914 abgepielt haben, anknüpfen wird, als an das, was der Krieg neues schaffen kann. Sehr angebracht ist sein Hinweis darauf, daß es durchaus verfehlt wäre, mit einem wirtschaftlichen Aufschwung, wie er nach dem Kriege von 1870/71 eingetreten ist, auch nach diesem Kriege zu rechnen. Die Entwicklungsmöglichkeiten des Kapitalismus waren damals unvergleichlich größer als jetzt. Der Kriegsschauplatz war viel kleiner und nur ein Wirtschaftsgebiet, Frankreich, damals das zweitreichste der Welt, trug die Kosten des Krieges. Diesmal werden die Kosten von der ganzen Welt getragen werden müssen, von der zwei Drittel im Kriege stehen und das letzte Drittel in einer nicht viel weniger kostspieligen bewaffneten Neutralität. Die Kriegsanleihen werden nach dem Kriege verzinst, die Staaten werden sich durch neue Steuern und Monopole neue Einnahmequellen erschließen müssen. Der Anteil, den der einzelne für den Staat aufbringen muß, wird gewaltig in die Höhe schnellen. Das wird Einschränkungen in der Einzelwirtschaft notwendig machen. Es wird längerer Zeit bedürfen, bis der Handel und besonders der Export wieder die frühere Höhe erreicht.

Diese Erscheinungen werden die Lebensbedingungen der Arbeitererschaft ungünstig beeinflussen und damit die Wirkungsmöglichkeiten der Gewerkschaften einengen. Nach dem Kriege, wenn der Geschäftsgang in den Kriegsindustrien abflaut, wird dort von einer Bewilligungsfreudigkeit gegenüber den Arbeiterforderungen nichts mehr zu merken sein, aber auch in den Industrien, die jetzt während des Krieges ihre Tätigkeit beschränken oder ganz einstellen mußten, wird sich das Bestreben geltend machen, zunächst die erlittenen Verluste wieder einzubringen. Wenn der verminderte Verbrauch im Inland und die Beschränkung der Ausfuhr die Erwartungen täuscht, wird man versuchen, sich an den Arbeitern schuldig zu halten.

Das eröffnet die Aussicht auf schwere Wirtschaftskämpfe nach dem Kriege, die den Bestand großer, leistungsfähiger Gewerkschaften zur Voraussetzung haben. Bei dem zu befürchtenden schlechten Geschäftsgang wird es aber große Mühe verursachen, die Mitglieder der Organisationen zusammenzuhalten und die Gewerkschaften finanziell stark und so gesund wachsend zu erhalten, wie das uns allen bisher zur Freude gereicht hat.

Nicht unbegründet ist auch der Pessimismus, den Braun hinsichtlich der Fortführung der Sozialpolitik nach dem Kriege äußert. Die Industrie, meint er, wird nach dem Kriege gewiß nicht fehlen mit dem Einwand, daß sie eine weitere sozialpolitische Belastung nicht mehr ertragen könne. Er glaubt deshalb warnen zu müssen vor der Hoffnung, daß man die Schwierigkeiten, die nach dem Kriege gewerkschaftlichen Erfolgsmöglichkeiten

gegenüberstehen werden, leicht ausgleichen werde durch großzügige sozialpolitische Maßnahmen.

Selbst wenn man der Meinung ist, daß Braun zu schwarz in die Zukunft blickt, wird man zugeben, daß seine Gedanken Beachtung verdienen. Besser ist es jedenfalls, sich darauf vorzubereiten, daß unsere Hoffnungen nicht in Erfüllung gehen, als sich einem blinden Vertrauen hingeben, aus welchem man dann plötzlich durch die harten Tatsachen gerissen wird. Wir verstehen nur nicht, was Braun veranlaßt hat, seinen Ausführungen die Form einer Polemik gegen die unvernünftige Gewerkschaftspresse und gegen die kurz-sichtigen Gewerkschaften zu geben.

Wir halten den Vorwurf, daß sich die Gewerkschaften einem unangebrachten Optimismus hingeben, für unbegründet. Zum mindesten müssen wir einen solchen Vorwurf, soweit er unseren Verband und sein Organ treffen sollte, zurückweisen. Wir haben keine Gelegenheit ungenützt gelassen, unsere Kollegen vor einer falschen und äußerlich schädlichen Vertrauensseligkeit zu warnen, und es hat sich auch bisher nichts ereignet, was geeignet wäre, uns in unserer Auffassung irre zu machen. Aber wenn man von dem Beiwert absteht, das Braun vielleicht nur anwendet, um seinen Appell um so eindringlicher zu gestalten, ist der Aufsatz in hohem Maße beachtenswert. Er hat durchaus recht, wenn er sagt: „Je wirtschaftlich einsichtsvoller, je geschulter die Arbeiter sein werden, desto mehr werden sie gerade jetzt während des Krieges und nach dem Kriege alles daran setzen müssen, um die Widerstandskraft, die Leistungsfähigkeit und die Werbekraft der Gewerkschaften zu steigern.“

Unsere Verbandsstatistik.

Der Bericht für die 27. Kriegswoche vom 1. bis 6. Februar ist von 764 Zahlstellen eingelangt worden, die Berichterstattung erstreckt sich auf 163 226 Mitglieder. Aus 87 Zahlstellen ist kein Bericht eingegangen. In der letzten Woche sind 16 Zahlstellen, meist in Städten im Osten, mit welchen der Vorstand seit einiger Zeit keine Verbindung mehr hatte, aus der Liste gestrichen worden. Dadurch hat sich wohl die Zahl der fehlenden Berichte in der Statistik verringert, doch ist diese deshalb nicht vollkommener geworden.

Für die Vorwoche sind nachträglich noch 21 Berichte über 2899 Mitglieder eingegangen; dadurch steigt die Zahl der von der Statistik erfaßten Mitglieder auf 163 727. Von diesen waren 53 986 = 33,0 Prozent zum Heeresdienst eingezogen. Von den 109 741 Zurückgebliebenen waren 14 897 = 13,6 Prozent arbeitslos, 3761 = 3,4 Prozent krank und 91 083 = 83,0 Prozent standen in Arbeit.

Ergebnis der Erhebung am 6. Februar.

Gau	Arbeitslose		Arbeitslos in der Berichtswoche	Arbeitslos in der Woche vorberichtswoche	Arbeitslos in der Woche nachberichtswoche	Arbeitslos in der Woche vorberichtswoche	Arbeitslos in der Woche nachberichtswoche	Arbeitslos in der Woche nachberichtswoche	Arbeitslos in der Woche nachberichtswoche	Arbeitslos in der Woche nachberichtswoche	Arbeitslos in der Woche nachberichtswoche
	Zahl	Prozent									
Danzig	39	33	265	15,9	44	17	2 025	1 357	1 065	10	
Stettin	30	26	127	6,1	69	7	1 473	1 876	1 502	13	
Breslau	75	101	549	12,6	135	44	2 846	3 675	2 191	13	
Berlin	666	1056	2 714	11,1	1 142	129	7 303	20 550	3 227	6	
Bresden	127	251	1 035	10,4	268	37	4 594	3 674	5 008	6	
Leipzig	281	293	2 229	19,3	356	37	5 470	3 959	4 605	7	
Essen	41	83	479	11,4	131	37	2 267	3 584	1 857	2	
Magdeburg	44	68	218	5,4	114	90	2 143	3 722	2 280	4	
Hamburg	135	203	1 736	14,0	424	64	5 811	10 280	7 128	7	
Hannover	62	196	407	7,0	169	45	3 244	5 237	3 369	6	
Düsseldorf	41	49	206	3,9	143	51	4 026	4 940	2 850	5	
Frankfurt	61	83	295	4,9	231	33	4 026	5 539	3 227	5	
München	95	205	1 912	26,3	223	64	2 845	5 122	1 248	8	
München	32	83	542	13,5	128	7	1 814	3 356	1 936	6	
Stuttgart	63	91	972	18,0	207	38	4 864	4 236	1 992	11	
Hauptstadt	3	5	23	11,6	6	—	86	170	—	—	

1795 2226 13 700 12,6 3 790 800 54 470 91 257 43 510 87

Auch der Bericht für die 27. Kriegswoche zeigt wiederum einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Während in der Vorwoche noch 13,6 Prozent der Mitglieder arbeitslos waren, sind es jetzt nur noch 12,6 Prozent. Dieser Durchschnitt wird allerdings im Gau Nürnberg noch um mehr als das Doppelte überschritten; sind doch in diesem Gau noch 26,3 Prozent der Mitglieder arbeitslos. Auch in den Gauen München, Hamburg, Danzig, Stuttgart und Leipzig übersteigt die Arbeitslosigkeit den Durchschnitt, dagegen ist sie in den Gauen Magdeburg, Frankfurt und Düsseldorf erheblich geringer.

Als in Arbeit stehend sind 91 257 Mitglieder gemeldet, von denen 43 510 mit voller Arbeitszeit arbeiten. Von 20 Zahlstellen mit 18 388 arbeitenden Mitgliedern fehlt allerdings die Angabe der Zahl der Vollbeschäftigten. Die Zahl der in anderen Berufen Beschäftigten hat wiederum eine Steigerung erfahren von 20 131 auf 20 474. Demnach haben 22,4 Prozent der in Arbeit stehenden Verbandsmitglieder außerhalb ihres Berufes Beschäftigung gefunden.

In der Berichtswoche sind 800 Mitglieder als zum Heeresdienst einberufen gemeldet; dadurch steigt die Gesamtzahl der Einberufenen auf 54 470 oder 33,1 Prozent der von der Statistik erfaßten Mitglieder. In der Vorwoche waren es 53 986 oder 33,0 Prozent. — Bezüglich der Abführung der zum Heeresdienst einberufenen Mitglieder muß übrigens

darauf hingewiesen werden, daß die in unserer Statistik festgestellte Zahl erheblich hinter der Wirklichkeit zurückbleibt. Unsere Feststellung erfolgt auf Grund der Angaben der Zahlstellen über die in der Berichtswache eingezogenen Mitglieder, welche dem jetzigen Bestand für den betreffenden Ort zugesagt werden. Hierbei werden die nicht berichtenden Zahlstellen weder mit ihrem Zugang noch mit ihrem Bestand berücksichtigt. Infolgedessen bleibt die Gesamtzahl häufig hinter der Summe zurück, die sich ergeben müßte, wenn man den Zugang zu dem Bestand von der vorigen Woche hinzuzählt. So beträgt in der vorliegenden Statistik der Bestand aus der Vorwoche 53 980, und in der Berichtswache sind 800 hinzugekommen. Das würde zusammen 54 786 ergeben. Der Bestand in den berichtenden Zahlstellen ergibt aber nur 54 470, also um 316 zu wenig. Außerdem wird auch noch aus einer großen Zahlstelle (und ähnlich dürfte es auch in anderen Orten sein) darauf hingewiesen, daß nur die Mitglieder als zum Militär abgegangen registriert werden, die ihre Bücher im Büro abgeben. Ein gut Teil Eingezogener unterläßt jedoch die Meldung und ihr Abgang zum Militär wird erst später vom Eintassierer festgestellt. Auf Grund des für diesen Zweck verwendbaren Materials kann geschätzt werden, daß die Zahl der eingezogenen Mitglieder über 60 000 beträgt, also um mehr als 5000 höher ist, als sich aus unserer Tabelle ergibt.

Nachstehend geben wir wieder eine Uebersicht über die Ergebnisse der seitherigen Erhebungen.

Erhebungs- tag	Ein- berufen	Zurück- geblieben	Von den Zurückgebliebenen		In Arbeit			
			Arbeitslos	Arant				
			o/o	o/o		o/o		
8. August	27 191	125 172	49 401	39,5	—	75 771	60,5	
15. "	31 514	120 230	52 009	43,3	—	68 221	56,7	
12. Sept.	38 953	125 575	40 761	32,5	4195	3,3	80 619	64,2
17. Oktob.	43 035	118 718	32 039	27,0	3741	3,2	82 938	69,8
14. Novbr.	45 491	116 572	25 406	21,8	3623	3,1	87 543	75,1
19. Dezbr.	46 655	108 658	18 089	16,6	3566	3,3	87 003	80,1
2. Januar	47 659	107 776	20 621	19,1	3571	3,3	83 584	77,6
9. "	49 215	108 441	18 969	17,5	3690	3,4	85 782	79,1
16. "	50 442	108 148	17 085	15,8	3655	3,4	87 408	80,8
23. "	52 614	109 841	15 790	14,4	3723	3,4	90 328	82,2
30. "	53 986	109 741	14 897	13,6	3761	3,4	91 083	83,0
6. Febr.	54 470	108 756	13 709	12,6	3790	3,5	91 257	83,9

Zur Binderung des Notstandes in der Holzindustrie.

Aus Rosen wird berichtet, daß sich auch dort die Arbeitslosigkeit fühlbarer zu machen beginnt. In einer Unterredung, die unser Bevollmächtigter mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeber-Schutzverbandes hatte, versprach dieser, ein Rundschreiben an die Mitglieder seiner Organisation zu richten, in dem diese ersucht werden, im Bedarfsfall zunächst organisierte Arbeiter einzustellen und den Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes zu benutzen. Einzelne Betriebe sind allerdings noch stark beschäftigt, so eine Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, die eine große Lieferung von Wagen für die Militärverwaltung anzufertigen hat. Da dort viele Ueberstunden gemacht wurden, verhandelte unser Bevollmächtigter mit dem Betriebsleiter, und er gewann diesen für den Plan der Einführung von Doppelschichten. Dadurch war es möglich, etwa 20 arbeitslose Kollegen unterzubringen, darunter allerdings eine Anzahl Unorganisierte und Bekher kleiner Möbelfabrikerien. Diese haben seit Kriegsausbruch größtenteils ihre Betriebe schließen müssen. Sie arbeiten jetzt als Gesellen, aber sie sind noch stark mit dem Meisterdünkel behaftet.

Der Gauvorsitzer in Erfurt teilt mit, daß er eine Eingabe an die Bezirksdirektion in Vermbach gesandt habe, um auf diesem Wege eine Beschleunigung des Schulhaus-Neubaus in Oßheim n. d. Rhön zu erzielen. Dieser Neubau war vor dem Kriege beschlossen, aber die Gemeindevverwaltung hat bei Kriegsausbruch den Bau vertagt. — Die Stadtverwaltung in Themar hat eine Eingabe des Gauvorsitzers dahin beantwortet, daß sofort Notstandsarbeiten begonnen werden sollen. Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung ist ohne Angabe von Gründen abgelehnt worden, und für die Ablehnung der Unterstützung für die Familien der Kriegsteilnehmer ist als Grund angeführt worden, daß ein Hilfsausschuß bestehe, der an bedürftige Familien Unterstützung zahle.

Der Gauvorsitzer in Hamburg kann berichten, daß es nach Ueberwindung mancher Schwierigkeiten gelungen ist, nunmehr auch in Bremen einen Bezirksausschuß der Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe für den Unter- weiser- und Emsbezirk zu bilden, dem auch er angehört. In einer ganzen Reihe von Städten ist die Bildung von Ortsausschüssen in die Wege geleitet. Im Bezirk Schleswig-Holstein kommt nunmehr auch die Bildung von Ortsausschüssen mehr in Fluß. Verschiedene Ortsausschüsse haben auch bereits eine empfindliche Tätigkeit entfaltet.

Der Gauvorsitzer in München kann wieder über neue Erfolge seiner Tätigkeit berichten. Die Direktion der Agl. Hauptbank in Nürnberg, die angegangen war, die Schreinerarbeiten für den Neubau der Filialbank in Straubing jetzt schon in Auftrag zu geben, hat mitgeteilt, daß die Angelegenheit wohlwollend geprüft und den Wünschen nach Möglichkeit Rechnung getragen werden wird. Die Eingabe an den Magistrat in München hat den Erfolg gehabt, daß Schreinerarbeiten für Krankenhaus- und Schulhaus-Neubauten im Betrage von 11 274 M. ausgeschrieben wurden. Neuerdings ist es auch den Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft und des Oberbürgermeisters gelungen, einen größeren Auftrag zur Lieferung von Schran- ken im Betrage von 14 000 M. hereinzubekommen, welcher dem Fonds der Holzindustriellen zugewiesen wurde. Durch die Arbeitsgemeinschaft im Baugewerbe wurden Eingaben an die Landesversicherungsanstalten gemacht, in welchen um Förderung der privaten Bauwirtschaft durch Gewährung von Hypotheken zu möglichem Flusse gebeten wird. Beim Magistrat in München wurde die Gewährung der ersten Hypothek zur Erbauung eines Kinderheims für einen Verein befürwortet. Die Gewährung war die Hypothek durch eine Bank

bereits zugesagt gewesen, doch wurde die Zusage bei Kriegs- ausbruch zurückgezogen.

Der Zentralausschuß der Arbeitsgemein- schaft für das Baugewerbe teilt uns mit, daß er auf seine Eingabe wegen Gewährung von Hypotheken zur Belebung der privaten Bauwirtschaft von der Reichsver- sicherungsanstalt für Angestellte die Mittelung erhalten habe, daß bisher monatlich mehrere Millionen für Hypotheken ausgegeben wurden und daß für die nächsten Monate weitere Millionenbeträge zur Auszahlung vorge- merkt seien. Sobald die Höhe der Beitragseingänge es zu- läßt, werde auch der Belebungstätigkeit wieder in ent- sprechend größerem Umfange nähergetreten werden können.

Den Bezirksausschüssen ist empfohlen worden, den in ihrem Gebiet befindlichen Kriegskreditklassen durch Eingaben nahezu legen, auch Hypotheken zu günstigen Be- dingungen auszuliehen. Für den Fall, daß die Satzungen der Banken das nicht zulassen, wäre um eine Abänderung der Satzungen zu bitten. Schließlich hat sich der Zentralaus- schuß mit einer Eingabe an das Reichsjustizamt gewandt, mit der Bitte, einige das Baugewerbe schädigende Mängel der Hypothekengesetzgebung durch Kriegsverord- nung zu beseitigen.

Arbeitende Kollegen! Gedenket der Arbeitslosen! Kauft jede Woche wenigstens eine Kriegsmarke des Verbandes!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungs- nummer ist der 8. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig geworden.

Wir erinnern die Verbandsmitglieder an unsere fort- laufende Statistik der Unfälle an Holzbearbei- tungsmaschinen. Fragebogen hierzu sind in allen Zahlstellen vorrätig, eventuell können solche von uns be- zogen werden. Sobald ein Unfall an einer Maschine in einem Betrieb vorkommt, hat der Vertrauensmann der Werkstatt oder ein Nebenkollege des Verletzten sofort ein Meldeformular von der Zahlstellenverwaltung abzufordern und nach erfolgter Ausfüllung wieder an dieselbe einzu- liefern. Die Verwaltungen haben die Unfallmeldebogen am Schlusse jedes Vierteljahres an uns einzusenden. Alle für das Jahr 1914 noch ausstehenden Meldebogen bitten wir umgehend an uns einzusenden, damit die Statistik für das Jahrbuch des Verbandes jetzt abgeschlossen werden kann.

Die immer häufiger vorkommenden Erkran- kungen, denen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Holzindustrie bei der Verarbeitung von giftigen Holzarten, Weizen oder Polituren ausgesetzt sind, haben den Vorstand veranlaßt, auf Grund fachverständiger Beratung mit interessierten Ärzten einen Fragebogen herauszugeben, um fortan über alle Erkrankungsfälle dieser Art genaue Angaben zu sammeln. Der Zweck soll sein, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Gefahren für die Gesundheit der Holzarbeiter zu lenken und geeignete Schutzmaßnahmen zu erstreben. Die Kollegen werden ersucht, jeden Fall einer Erkrankung durch Verarbeiten von giftigen Holzarten, Weizen oder Polituren an die Lokalverwaltung ihres Ortes zu melden. Besonders richten wir diese Aufforderung an die Ver- trauensmänner in den Werkstätten, welche dafür sorgen sollten, daß in Zukunft jeder Erkrankungsfall der er- wähnten Art dem Verband gemeldet wird.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als ver- loren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 48167 Johann Schmidt, Tschl., geb. 11. 8. 72 zu Dörfler.
- 184378 Franz Gebauer, Tschl., geb. 29. 1. 75 zu Binder.
- 375980 Konrad Seifrig, Tschl., geb. 19. 11. 46 zu Scherzingen.
- 667522 Lorenz Jansen, Tschl., geb. 2. 7. 72 zu Löwenich.

Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Augsburg. Auf Beschluß der Generalversammlung ist an alle im Felde stehenden Mitglieder der Zahlstelle der dies- jährige Verbandsalmanach und die „Holzarbeiter-Zeitung“ geschickt worden. Der Sendung war das nachfolgende Schrei- ben beigelegt: „Kollegen! Als wir beim Ausbruch des Krieges Abschied genommen hatten, gelobten wir uns, die Organisation der Holzarbeiter trotz aller Hindernisse und Gefahren hochzuhalten, Euren Familien beizustehen, ihnen ein Helfer in der Not zu sein. Sechs Monate sind nun seit der Zeit verstrichen. Lapsus habet Ihr da draußen gekämpft und mancher Sieg wurde errungen. Wir aber, vom Kriege verschont, haben zu Hause streng unsere Pflicht erfüllt, keine kleine Aufgabe war es, die Organisation unter solchen schwie- rigen Verhältnissen fortzuführen. Die Organisation steht fest! Sie lebt und kämpft weiter. Das ist der Er- folg. Und fragt Ihr Eure Frauen, Eure Kinder, sie werden Euch sagen, daß wir auch sie nicht vergessen haben. Für Familienunterstützung hat die Zahlstelle Augs- burg allein rund 3000 M. ausgegeben, unbekümmert der großen Summen für Arbeitslosigkeit. Das ist Solidari- tät! Nun wenden wir uns an Euch, Kollegen, die Ihr im Felde steht. Ein kleine Liebesgabe der Organisation ist es, mit der wir das geistige Band fester knüpfen wollen. Wir überreichen Euch laut Generalversammlungsbeschluß unseren „Verbandsalmanach“ nebst der „Holzarbeiter-Zeitung“ und hoffen, daß dadurch der alte erprobte Geist wieder aufge- frischt wird und Ihr auch fernerhin treue Kollegen der Organisation bleibt. Unser aller Wunsch ist aber, daß Ihr alle gesund und wohlbehaltend zu Eurer Familie und zu uns zurückkehrt und daß bald, recht bald, ein dauernder Friede geschlossen werden möge.“

Berlin. (Stellmacher.) Die in den Wagen- und Karosseriebauanstalten beschäftigten Arbeiter der verschie- denen Berufe stehen unter einem Vertrag, der von den in Betracht kommenden Verbänden im Mai 1912 auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen wurde. Der Vertrag ist im vorigen Jahre nicht gekündigt worden und läuft deshalb ein Jahr länger. Da die Betriebe mit Fahrzeugen für mili- tärliche Zwecke reichlich beschäftigt sind, wurde beschlossen, den Vertrag zu kündigen. Diesem Beschluß, dessen Durch- führung dem Kartell der in Betracht kommenden Verbände übertragen ist, schlossen sich auch unsere Kollegen an. Der geltende Vertrag enthält verschiedene Mängel, doch gibt man sich der bestimmten Erwartung hin, zu einer friedlichen Verständigung zu kommen. Es wird aber darnach gestrebt werden müssen, den Vertrag nicht nur mit den ihm jetzt unterstehenden Firmen zu erneuern, sondern ihm in allen Betrieben Geltung zu verschaffen und damit in allen Wagen- fabrikanten geordnete Verhältnisse einzuführen.

Bodum. Nach den Bestimmungen unseres Vertrages mußte am 1. Oktober 1914 eine Lohnerhöhung um 2 Pf. pro Stunde in Kraft treten. Die Schreinermeister wählten sich aber, diese Vertragsbestimmung zu erfüllen; sie lehnten es auch ab, eine Sitzung der Schlichtungskommission einzu- berufen. Darauf wurde das Einigungsamt angerufen. Es gelang aber dessen Vorsitzenden, Herrn Beigeordneten Rath in Essen, die Unternehmer zu bewegen, ihrer Verpflichtung nachzukommen, ohne daß eine Sitzung abgehalten werden mußte. In einigen Betrieben ist auch die am 1. Oktober fällig gewesene Arbeitszeitverlängerung noch nicht durchgeführt. Hier sollten die Kollegen selbst auf die Wahrung ihrer Rechte bedacht sein, zumal die Arbeitgeber reichlich mit Aufträgen von der Heeresverwaltung und der Gemeinde versehen sind — Die Karosseriefabrik von Lueg, mit der wir nicht im Vertragsverhältnis stehen, beschäftigt jetzt eine größere Anzahl von Schreineren. Durch Vermittlung des Gauvor- sitters gelang es, für diese eine durchschnittliche Lohn- erhöhung um 2 Pf. pro Stunde zu erzielen.

Braunschweig. Für die Beurteilung des Geschäftsganges in der hiesigen Holzindustrie sind die von unserem Verband veranstalteten Arbeitslosenbefragungen nicht der richtige Grad- messer. Es muß berücksichtigt werden, daß etwa 200 Holz- arbeiter in anderen Berufen Beschäftigung gefunden haben. Ein Bild von dem Rückgang des Holzgewerbes gewährt eine Statistik, die sich auf 22 der maßgebendsten Tischlereien erstreckt. Diese Betriebe, die vor dem Kriege durchschnittlich 245 Mann beschäftigten, hatten Anfang Februar nur noch 112 Mann. Dabei wird aber noch in einem Drittel der Be- triebe verläßt gearbeitet. Die 245 Mann arbeiteten vor dem Kriege wöchentlich 13 230 Stunden, jetzt arbeiten die 112 Mann nur noch 5646 Stunden pro Woche. Noch viel schlimmer als in der Tischlerei sieht es in der Klavierindu- strie aus. Bei der Firma Grotrian, Steinweg Nachf. ist die Zahl der Holzarbeiter von 400 auf 100 zurückgegangen. Bei Zeitter u. Winkelmann ist man zur Anfertigung von Ar- tikeln für den Heeresbedarf übergegangen, aber trotzdem mußte die Zahl der Beschäftigten von 150 auf etwa 100 redu- ziert werden. Unter Hinweis auf diese Tatsachen ist an die Behörden und an das private Publikum appelliert worden, das notleidende Holzgewerbe durch Erteilung von Auf- trägen zu unterstützen. Hoffentlich zeitigt dieser Aufruf den gewünschten Erfolg.

Halle a. S. In der am 6. Februar abgehaltenen Generalversammlung erstattete Kollege Schnabel den Ge- schäfts- und Kassenbericht für 1914. Von den 1100 Mit- gliedern zu Beginn des Jahres waren am 1. Januar 125 Kollegen arbeitslos. Im Laufe des Jahres erfolgten noch 964 Arbeitslosenmeldungen; manche Kollegen waren 20 Wochen und noch länger arbeitslos. Mit dem Ausbruch des Krieges wurde eine Anzahl Betriebe ganz oder zum großen Teil stillgelegt. Erst mit der Vergebung von Heeresarbeiten an drei hiesige Großfirmen trat eine merk- liche Besserung ein, so daß das Jahr mit 33 Arbeitslosen abgeschlossen werden konnte. Die Durchführung der am 1. März fälligen tariflichen Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde für die Bau- und Möbelfabriker erfolgte trotz der schlechten Konjunktur ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Dagegen führte die in der Karosseriefabrik von Ludw. Rathe u. Sohn eingeleitete Tariferneuerung zu einem schweren Kampfe, der durch den Ausbruch des Krieges am 10. August unerledigt abgebrochen werden mußte. Die Firma Rathe hat eine Arbeitsordnung aus- gearbeitet, in welcher die Lohn- und Arbeitsbedingungen der bei der Firma Beschäftigten bis zum Jahre 1918 fest- gelegt sind. In dieser Arbeitsordnung ist auch eine all- jährlich am 1. April eintretende Lohnerhöhung von 2 Pf. bis zum Jahre 1918 vorgesehen. Nur ist dabei vorichts- halber festgelegt, daß die Arbeiter, welche in den Genuss der Lohnerhöhung kommen wollen, mindestens — drei Jahre im Betriebe beschäftigt sein müssen. Es ist auch ein Arbeiterausschuß von 7 Mitgliedern vorgelesen, von dem die Firma drei Mitglieder ernannt. Obwohl die Firma diese Arbeitsordnung völlig selbstherrlich aufgestellt hatte, mutete sie uns zu, das Schriftstück durch Unterschrift als für die Organisation rechtsverbindlich anzuerkennen. Das wurde natürlich strikte abgelehnt. Wir werden uns im Gegenteil mit der Firma Rathe u. Sohn wegen dieser famosen Arbeitsordnung noch einmal recht deutlich aus- sprechen müssen. Vorläufig ist „Burgfrieden“. — Die Mitgliederversammlungen waren im Berichtsjahre nicht immer so besucht, wie es hätte sein müssen; im Durchschnitt nahmen nur 100 Kollegen an ihnen teil. Infolge der Ein- berufungen zum Kriegsdienst fiel die Mitgliederzahl auf 617. Zum Kriegsdienst eingezogen waren 386 Kollegen. Davon sind 259 Kollegen verheiratet. Im neuen Jahre ist die Zahl der einberufenen Kollegen auf weit über 400 ge- stiegen. — Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab zum großen Teil die Wiederwahl der alten Mitglieder.

Leipzig. (Stellmacher.) In der am 6. Februar ab- gehaltenen Jahresversammlung berichtete Kollege Winkler über die Tätigkeit der Branche im Jahre 1914. Die Tätig- keit der Sektionsleitung war recht umfangreich. In den ersten Monaten des Berichtsjahres verlor die Firma Aug. Schau mit Hilfe des Industrie-Schutzverbandes erneut die Akkordarbeit in ihrem Betriebe einzuführen. Durch mehrere Verhandlungen und das geschlossene Eintreten der Gesamtarbeiterschaft gelang es, das u. sinnen der Firma ab- zuwehren. Von unseren Kollegen ist diese Geschlossenheit



Ehrentafel
 der im Kriege gefallenen Verbandmitglieder
 Der Ortsname bedeutet die Zahlstelle, welcher der Kollege zuletzt angehört hat.

Ottomar Baron, Tischler, Hamburg.
 Philipp Bausmer, Mainz.
 Ernst Dennmann, Tischler, Baugen.
 Max Berndt, Tischler, Chemnitz.
 Wilhelm Bredel, Schramberg.
 Martin Bitterlich, Neuhausen.
 Otto Bodis, Ludenwalde.
 Guido Böhm, Tischler, Dresden.
 Heinrich Böhninge, Ludwigsburg.
 Eduard Bracht, Bonn.
 Josef Brudner, Masch.-Arb., Schwaben.
 Karl Bruder, Briesen.
 Alfred Budoth, Frankfurt a. D.
 Gotthard Buitter, Tischler, Chemnitz.
 Nikolaus Claube, Meh.
 Albert Cohrs, Schiffstischler, Hamburg.
 Alfred Draber, Bromberg.
 Karl Drabsch, Frankfurt a. D.
 Paul Driske, Stellmacher, Breslau.
 Otto Dutschke, Frankfurt a. D.
 Kurt Engelmann, Kammarb., Dresden.

Gustav Fehner, Stellm., Brandenburg.
 Otto Feustel, Holzarbeiter, Meerane.
 Willi Fischer, Briesen.
 Edwin Franz, Glaser, Triptis.
 Paul Gelfter, Tischler, Radeberg.
 Karl Götz, Glaser, Göppingen.
 Gustav Grundmann, Tischler, Dresden.
 Arno Gröner, Tischler, Leisnig.
 Albert Hahn, Tischler, Meerane.
 Oswald Haraschek, Neuhausen.
 Rudolf Harbig, Tischler, Hamburg.
 Karl Hardtmann, Tischler, Dresden.
 Johann Hartmann, Schr., St. Ludwig.
 August Helbig, Weimar.
 Gustav Hentschel, Tischler, Chemnitz.
 Heinrich Herbig, Tischler, Breslau.
 Richard Hermann, Frankfurt a. D.
 Walter Herzog, Vergolder, Berlin.
 Arthur Hönig, Neuhausen.
 Paul Hüh, Illgen, Polsterer, Dresden.
 Richard Ismer, Tischler, Orlauberg.
 Friedrich Jfiter, Schreiner, Marbach.
 Heinrich Jöbst, Tischl., Hann.-Münden.
 Gustav Junuhn, Kassierer der Zahlstelle Insterburg.
 Karl Kehrner, Schreiner, Neutlingen.
 Albin Kaden, Neuhausen.
 Emil Kaiser, Schreiner, St. Ludwig.
 Wilhelm Kastenbauer, Schr., Heilbronn.
 Ludwig Koch, Parkettl., Mannheim.

Willy König, Tischler, Dresden.
 Karl Krafft, Frankfurt a. D.
 Heinrich Kranz, Tischler, Malchin.
 Paul Kresschmar, Tischler, Dresden.
 Erich Krüger, Tischler, Breslau.
 Bruno Langer, Tischler, Rabenau.
 Georg Linhard, Drechsler, Hersbrud.
 Friedrich Lint, Schreiner, Marbach.
 Oskar Machmar, Tischler, Berlin.
 Adolf Malwald, Stellmacher, Breslau.
 Wilhelm Mast, Schramberg.
 Ernst Maul, Maschinenarbeiter, Pirna.
 Franz Meyer, Tischler, Berlin.
 Oskar Münch, Masch.-Arb., Chemnitz.
 Wilhelm Neher, Wittenberge.
 Friedr. Wilh. Negel, Groß-Schönau.
 Ernst Roe, Schreiner, St. Ludwig.
 Arno Rehme, Tischler, Deberan.
 Willy Rehme, Neuhausen.
 Karl Paul, Vergolder, Berlin.
 Wilhelm Paulitz, Spremberg.
 Rudolf Reichel, Tischler, Berlin.
 Heinz Pott, Tischler, Bünde.
 Albert Preis, Schr., Kaiserlautern.
 Otto Rantsch, Stuhlbauer, Rabenau.
 Georg Franz Rindl, Tischler, Dresden.
 Karl Rohmann, Tischler, Hamburg.
 Alfred Sajehl, Tischl., Brandenburg.
 Max Schaal, Tischler, Chemnitz.
 Christian Scherer, Schramberg.

Max Schlegel, Neuhausen.
 Paul Schmal, Schr., Ludwigsburg.
 Albert Schmid, Tischl., Göppingen.
 Carl Schmidt, Ristenmacher, Bünde.
 Jakob Schmidt, Tischler, Köln.
 Hermann Schneider, Bonn.
 Josef Schneider, Schramberg.
 Robert Schostag, Frankfurt a. D.
 Anton Schulz, Tischler, Peine.
 Otto Schulze, Angestellter der Zahlstelle Ludenwalde.
 Otto Schulte, Korbmacher, Berlin.
 Konrad Seib, Drechsler, Hersbrud.
 Paul Seliger, Tischler, Baugen.
 Carl Sielermann, Tischler, Bünde.
 Arthur Steinbach, Tischler, Chemnitz.
 Friedrich Stoh, Schreiner, Neutlingen.
 Paul Switlawski, Frankfurt a. D.
 Heinz Tempelmeyer, Ristenm., Bünde.
 Friedrich Traub, Tischl., Göppingen.
 Paul Uhlmann, Tischler, Chemnitz.
 Adolf Vogt, Tischler, Dresden.
 Heinrich Voigt, Modelltschl., Chemnitz.
 Paul Wappler, Holzarbeiter, Chemnitz.
 Georg Wanl, Stellm., Brandenburg.
 Otto Wieland, Schreiner, Heilbronn.
 Paul Zapary, Tischler, Chemnitz.

Ehrentafel

leider nicht immer gewahrt worden. Die Herstellungspreise für einzelne Wagen sind in der letzten Hälfte des Berichtsjahres, obwohl die Löhne im allgemeinen gestiegen, beträchtlich heruntergearbeitet worden. Was sich einzelne Kollegen in dieser Beziehung geleistet haben, läßt recht wenig allegialen Einn und Solidaritätsgefühl erkennen. Der am 1. Juni ablaufende Vertrag mit der Stellmacherinnung wurde auf ein Jahr verlängert. Bei Kriegsausbruch waren die Betriebe leidlich gut beschäftigt. Dies Bild änderte sich in den ersten Mobilmachungstagen vollständig. Vom 3. bis 3. August wurde weit über die Hälfte der beschäftigten Kollegen entlassen, der in den Betrieben verbliebene Rest arbeitete nur wenige Stunden pro Tag. Rund 65 Kollegen stehen heute unter den Waffen. Die Dinge gehen in den ersten Wochen geradezu trostlos aus. Eine noch nie dagewesene Konjunktur setzte ein, als Anfang September von der Weeresverwaltung Arbeiten in Auftrag gegeben wurden. Die Arbeitskräfte in der Branche reichten bei weitem nicht aus, so daß es uns möglich war, eine ganze Anzahl Kollegen anderer Branchen, Tischler, Maschinenarbeiter usw. im Karosseriebau unterzubringen. Waren in diesen Betrieben vor dem Kriegsausbruch rund 80 Kollegen beschäftigt, so hatte sich diese Zahl am Jahresluß auf 120 erhöht. Auch in den Klein- und Innungsbetrieben ist zurzeit eine mehr oder weniger außerordentliche Konjunktur. In die Organisation hatte uns der Krieg große Lücken gerissen, diese haben wir, soweit es uns möglich war und die größeren Betriebe in Frage kommen, bis zum Jahresluß wieder völlig ausgefüllt. In den Karosseriefabriken gehören wieder sämtliche Kollegen der Organisation an. Die Löhne sind im allgemeinen am Jahresluß 2 bis 3 Pf. pro Stunde höher als vor dem Kriegsausbruch. Vertragsverletzungen haben sich in der Unternehmern nicht erlaubt. In der Arbeitsvermittlung gab es verschiedene Mängel, wo die Organisationsleitung eingreifen mußte. Wir machen auch gegenwärtig die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam, daß die Vermittlung nur durch unseren vertraglich anerkannten Arbeitsnachweis geht. Den Kollegen in den Werkstätten der Großen Leipziger Straßenbahn ist die am 1. Oktober fällige Zulage von 1 Pf. nicht gezahlt worden, auch hat man ihnen nach Kriegsausbruch die Ferien verweigert; sie sind aber damit enttäuscht worden, daß man ihnen in den Monaten August bis November 3 bis 4 Prozent vom Lohn abzog, und zwar unter Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern. In die eigene Tasche zu greifen, hat die Direktion wahrscheinlich eine Lust. Leider fehlt aber auch unseren Kollegen die nötige Energie, daraus erklärt es sich auch, daß der Anfangslohn nur 48 Pf. pro Stunde beträgt. Kollegen, in der gegenwärtigen Zeit, wo die Organisation so große Aufgaben zu erfüllen hat, ist es um so notwendiger, treu zusammenhalten, kein Opfer darf uns zu groß sein. Wir haben gegenwärtig alle die Pflichten der von uns gerissenen Kollegen mit zu erfüllen. Wir müssen, wenn unsere Kollegen aus dem Felde zurückkehren, ihnen getrost ins Auge sehen und mit vereinten Kräften für die Interessen des Gesamtverbandes weiterkämpfen.

und diese glaubte er mit einer gegen den Deutschen Holzarbeiter-Verband gerichteten Schadenersatzklage erringen zu können. Er verlangte vom Verband die Kleinigkeit von 265,20 M. Entschädigung, weil er nach seiner Entlassung bei F. u. W. angeblich 8 1/2 Wochen nicht gearbeitet hatte. Diese Forderung suchte er mit einer angeblich vom Verbandsvorstand ergangenen Anweisung zu begründen, nach welcher neuereintretende Arbeiter in den Betrieben, sofern sie der Aufforderung zum Beitritt in den Verband keine Folge leisten, aus der Arbeit zu bringen seien, indem dem Unternehmer mit der Stilllegung des Betriebs gedroht werde. Natürlich mußte der Beweis für diese Behauptung mifflingen. Da überdies unser Verband als nicht rechtsfähiger Verein nur durch Rechtsgeschäfte, nicht aber auch durch Delikte seiner Vertreter verpflichtet wird, mußte der Kläger, zumal ja auch nicht einmal ein Delikt vorlag, mit seiner Forderung abgewiesen werden.

Am 31. Januar 1914 hatte das Amtsgericht in Leipzig die Klage des Klägers abgewiesen. Dessen Latendrang war aber noch nicht gestillt; er reichte nun eine neue Klage gegen unseren Kollegen A. ein und verlangte, daß dieser ihm die 265,20 M. zahle, die er so notwendig brauchen konnte. Das Amtsgericht war ihm günstig. Durch Urteil vom 18. Mai 1914 wurde A. verurteilt, die geforderte Summe zu zahlen. Das Gericht ging dabei von der Beurteilung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung aus und deduzierte, daß der Beklagte A. durch seine Anklündigung, mit seinen Mitarbeitern die Arbeit verlassen zu wollen, sich der Firma als Mittel bei Ausübung eines Druckes auf den Kläger bediente. Dieser hätte durch die ihm vom Werkführer angekündigte Entlassung noch zum Beitritt zum Verband bewegen werden sollen; also habe A. seinen Zweck durch eine Drohung erreichen wollen. Infolgedessen ist A. nach § 823 Abs. 2 BGB. zum Ersatz des Schadens verpflichtet. Dieser Paragraph bildet dem die Schadenersatzpflicht auf, der gegen ein, den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt.

Diese Deduktion war so gekünstelt, daß die gegen das Urteil eingelegte Berufung Erfolg versprach. Die dritte Zivilkammer des Landgerichts Leipzig sah auch in dem am 21. Dezember 1914 verkündeten Urteil die Sache ganz anders an. Von dem gleichen Latendrang ausgehend wie das Amtsgericht, kam das Landgericht zu einem ganz andern Ergebnis. Es stellte fest, daß das Vergehen des A. gegen den § 153 der Gewerbeordnung nicht die Ursache für den vom Kläger geltend gemachten Schaden war. Wenn auch der Werkführer die Entlassung des Klägers unter einem vom Beklagten gewollt ausgeübten Druck erklärt hat, so hat sich der Beklagte hierbei eines Vergehens nach § 240 des Strafgesetzbuches (Nötigung) nicht schuldig gemacht. Die Frage, ob der Beklagte wegen dieser Handlungsweise nach § 823 Abs. 1 BGB. (widerrechtliche Verletzung eines sonstigen Rechtes) oder nach § 826 BGB. (Schadenszufügung in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise) dem Kläger haftbar sei, verneint das Gericht, da mit dem höchsten Gerichtshofe (zu vergl. RG. Band 51, Seite 367 ff. und Band 64, Seite 61) davon auszugehen ist, daß Streit und Boykott — und nur damit hat der Beklagte gedroht — an sich keine unerlaubten Mittel im wirtschaftlichen Kampfe sind, und der Zweck, den der Beklagte bei seiner Handlungsweise verfolgte, nämlich den Kläger in das Lager des Holzarbeiter-Verbandes herüberzuziehen, ebenfalls nicht als sittenwidrig angesehen werden kann. Bezüglich der Anwendbarkeit des § 823 Abs. 1 des BGB. ist noch hervorzuheben, daß die Befugnis zu ungehinderter Verwertung der Arbeitskraft kein sonstiges Recht im Sinne dieser Gesetzesstelle ist, zu vergl. RG. Band 58, Seite 29.

Dementsprechend ist der Berufung stattgegeben worden. Der Kläger Nischke ist mit seiner Klage abgewiesen und verurteilt, die Kosten beider Rechtszüge zu tragen. — Hoffentlich trägt dieses Urteil dazu bei, daß der Verband und seine Funktionäre künftig vor der Verleumdung mit solchen unbegründeten Klagen verschont bleiben.

Gemeinschaftliches.

Im Fabrikarbeiter-Verband hat sich der Stand der Arbeitslosigkeit so gebessert, daß mit dem 1. März die aufgehobene Krankenunterstützung wieder eingeführt werden kann. Gleichzeitig wird der Bezug der ausgesetzten Krankenunterstützung auf höchstens vier Wochen beschränkt. Arbeitslosenunterstützung wird wieder, wie im Statut vorgeesehen, auch beim Aussehen mit der Arbeit gezahlt, sofern dieses

mindestens zwei Arbeitstage in der Woche, im ganzen aber länger als sechs Arbeitstage dauert. Erwerbslose Mitglieder müssen von der Unterfützung den vollen Beitrag zahlen und die ausgeschriebenen Extrabeiträge werden weiter erhoben.

Der Verbandstag des Glaser-Verbandes, der zu Pfingsten dieses Jahres hätte abgehalten werden sollen, ist bis auf weiteres, mindestens aber um ein Jahr verschoben worden. Die Aussperrung der Hutmacher in Altenburg ist aufgehoben. Durch Vermittlung der Gewerbeinspektion kam eine Verständigung zustande, nach welcher die Arbeit ohne Vertrag aufgenommen wird, doch sollen die Lohn- und Arbeitsbedingungen des abgelaufenen Vertrages vorläufig weiter gelten.

Der Vorsitzende des Kürschner-Verbandes, Wilhelm Leisler, ist am 6. Februar in Hamburg gestorben. Der Verstorbene hat sich um seine Organisation große Verdienste erworben. Lange Zeit hindurch war er Bevollmächtigter seiner Organisation in Frankfurt a. M. Das Amt als Verbandsvorsitzender trat er erst gegen Ende des Jahres 1909 an.

Ein Reichstarif für die Lederausrüstungsindustrie. Der Krieg hat dem Sattlergewerbe eine außerordentlich gute Konjunktur gebracht. Bei dem starken Arbeitermangel mußte eine große Zahl berufsfremder Arbeiter eingestellt werden. Um sich geübte Arbeiter zu sichern, zahlten manche Unternehmer an solche verhältnismäßig hohe Löhne, daneben wurde allerdings an Stellen, wo sich die Möglichkeit dazu bot, recht geringe Löhne gezahlt. Der Versuch einer Regelung der Lohnverhältnisse auf der Grundlage zu schaffen, daß Höchstlöhne festgesetzt wurden, die um 33 1/2 Prozent den Berliner Tarif überschritten, schaffte böses Blut. Da gelang es dem entschiedenen Eingreifen des Vorstandes des Sattler-Verbandes, eine Verständigung herbeizuführen. Am 26. Januar begannen unter Teilnahme von Vertretern der Militärbehörde Verhandlungen zwischen dem im Kriegsausrüstungsverband organisierten Unternehmern und dem Sattler-Verband Verhandlungen, die sehr schnell zum Abschluß eines Reichstarifes führten. Dieser setzte die Arbeitszeit einheitlich für das ganze Reich auf 53 Stunden wöchentlich fest. Für die verschiedenen Arbeiterkategorien sind Mindestlöhne festgesetzt, welche z. B. für gelernte Sattler über 20 Jahre 50 Pf., für solche unter 20 Jahren 42 Pf. betragen. Hierzu kommt ein Zuschlag, der in den einzelnen Orten zwischen 5 und 20 Prozent schwankt. Ein ausführlicher Akkordtarif ist Bestandteil des Vertrages, durch welchen u. a. die Heimarbeit sehr stark eingeeignet wird. Zur Schlichtung von Streitigkeiten sind örtliche Schlichtungskommissionen und eine Zentralarbitrationskommission vorgeesehen. Der Vertrag gilt vom 1. März 1915 bis zum 31. März 1918. Dieser Vertrag bringt den Arbeitern ganz wesentliche Verbesserungen; nicht nur eine Steigerung der Löhne, sondern auch für viele eine beträchtliche Verkürzung der Arbeitszeit. Zugleich wird mit einer ganzen Reihe von Mifständen ausgeräumt. Hoffentlich erweist sich die Organisation der Sattler als stark genug, den Tarif auch dann noch aufrecht zu erhalten, wenn die gegenwärtige Konjunktur abflaut.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz ist nach Mitteilungen, die uns in der letzten Woche zugehen, den nachbenannten Verbandsmitgliedern verliehen worden: Oreste aus Breslau, R. Hannig, Bevollmächtigter der Zahlstelle Briesg, Wilhelm Klute, Ristenmacher, aus Bünde. August Flasche, Rudolf Fichtner und Oswald Künzle, alle drei Tischler, aus Chemnitz, Paul Küger aus Eppendorf, Paul Lubisch und Emil Rohde, beide aus Frankfurt a. O., Max Baumann aus Friedrichshagen, Wilhelm Wodrig aus Harburg, Fritz Laupichler aus Insterburg, Albin Großmann, Tischler, und Arthur Heiber, Modelltschl., beide aus Leipzig, Adam Stefan, Schreiner, aus Mannheim-Ludwigshafen, Martin Bitterlich aus Neuhausen (inzwischen gefallen), August Sedlmeier, Maschinenarbeiter, aus Schwaben, Otto Heintzelmann und Adolf Bögele, beide Wogner, aus Sittigart, Josef Dodel aus Weimar, Willi Fischer aus Briesen (inzwischen gefallen).

Der Bevollmächtigte der Zahlstelle Harburg übersendet uns den nachstehenden Brief eines im Felde stehenden Kollegen:
 ... Die Mitteilungen über unsere Organisation haben mir eine große Enttäuschung gebracht. Demnach sind im dritten Quartal nur 15 M. an Extrabeiträgen eingegan-

Eine abgewiesene Schadenersatzklage.

Mit seinem Eifer, unsern Verband zu schädigen, hat der Tischler Georg Nischke in Leipzig eine Niederlage geholt, deren nicht unbeträchtliche Kosten er selbst zu zahlen hat. Nischke, der sich selbst als „Syndikalisten“ bezeichnet, ist kein Freund unseres Verbandes, und mit Hilfe unseres Verbandes in den Leipziger Betrieben geschaffene Ordnung ist ihm zuwider. Als er im Mai des Jahres 1913 in dem Betrieb von F. u. W. in Leipzig anlangte, wurde er, wie das üblich ist, vom Vertrauensmann A. nach dem Ausweis über die in vertraglicher Form erfolgte Arbeitsvermittlung gefragt. Nischke hätte, wie er wußte, die erforderlichen Kontrollschein ohne weiteres auf dem Arbeitsstellenbüro erhalten, aber sein „syndikalistisches“ Gesellenverbot ihm, sich der Ordnung zu fügen. Mit einem solchen „Kollegen“, der mit Vorbedacht die geschaffene Ordnung stören wollte, zusammen zu arbeiten, bestand in dem Betrieb keine Neigung. Der Sachverhalt wurde dem Werkführer mitgeteilt, worauf Nischke noch am selben Tage entlassen wurde. Wegen dieses Vorkommnisses richtete Nischke gegen unsern eigenen Patrieb oder unter glühiger Mitwirkung anderer „befreundeten Seite“, mag dahingestellt bleiben, eine Denunziation gegen den Vertrauensmann A. und erreichte auch glücklich, daß dieser wegen Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung zu 6 Tagen Gefängnis verurteilt wurde. Damit war aber für Nischke noch nichts gewonnen, wollte auch eine klingende Belohnung für seine Heldentat,

